

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

25. Oktober 2022

Tarifrunde M+E-Industrie: Gebt Acht – sonst steht die Fabrik	2
Ukraine: Angriff auf die Arbeiter und ihre Gewerkschaften	4
Großbritannien: Seit Frühsommer – die Arbeiter begehren auf	5
Krise: Genug ist genug.....	7
Baerbock: Kriegshetze – Verschweigen, Tatsachen verdrehen, lügen.....	7

*Kolleginnen und Kollegen!
Ab 29. Oktober kann gestreikt werden.
Beteiligt Euch an den Warnstreiks der IG Metall.*

8 Prozent und keinen Cent weniger!

*Arkadaşlar!
29 ekim'den itibaren grev hakkımız var.
IG Metall'in uyarı grevine katılın.*

Yüzde 8 istiyoruz ve bir kuruş inmiyoruz!

*Robotnicy!
29. Października można strajkować!
Dołączcie się do strajków związku zawodowego IG Metall!*

8 procent i żadnego centa mniej!

*Chers collègues!
A partir du 29 octobre, il sera possible de faire grève.
Participez aux grèves d'avertissement d'IG Metall.*

8 pour cent et pas un cent de moins!

*Workers!
From October 29th there can be a strike.
Participate in the IG Metall warning strikes.*

We want 8 percent and not a cent less!



4.000 Kolleginnen und Kollegen auf der Kundgebung in Nürnberg vor der Meistersingerhalle, wo am 15. September 2022 die 1. Verhandlungsrunde in Bayern stattfand.

Gebt Acht – sonst steht die Fabrik!

Kapitalisten greifen Sonderzahlungen an. Konzertierte Aktion will Einmalzahlung. Acht Prozent müssen her bei maximal 12 Monaten Laufzeit und keinen Tag mehr.

Eine lautstarke Demonstration zog am 6. Oktober von der Ludwigstraße zum Haus des VBM (Verband der bayerischen Metallindustrie). 3.000 Kolleginnen und Kollegen, auffällig viele junge, forderten begeistert 8 Prozent mehr Lohn: „Gebt Acht!“ So kämpferisch die Reden vor dem Kapitalistenbunker dann auch waren, so

die erwartbar ohne Angebot der Kapitaleseite verlief. Vielmehr gehen die Unternehmer zum Angriff über. So fordert der VBM wie auch andere regionale Kapitalverbände, dass die Sonderzahlungen wie Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld „variabel“ gestaltet werden müssen. Sie sollen an die Gewinne gekoppelt werden.

Schande, dass die Gewerkschafter, die da am Tisch mit Regierung und Kapital saßen, diese arbeiterfeindliche Veranstaltung nicht unter Protest verlassen haben!

Die Friedenspflicht endet am 28. Oktober um 24 Uhr.

Die 8 Prozent müssen voll durchgesetzt werden. Den heißen Herbst können sie



3.000 Kolleginnen und Kollegen auf der Demonstration in München am 6. Oktober 2022. Die Kundgebung fand vor dem Haus der Bayerischen Wirtschaft statt.

toll die Stimmung der Kollegen aus ganz Bayern auch war – die Forderung nach 12 Monaten Laufzeit kam nicht mehr vor. Da wird der Kapitaleseite schon eine Vorlage geliefert. Aus IG Metall-Insiderkreisen ist zu hören, die Laufzeit sei Verhandlungsmasse. Soll sich die eher bescheidene Lohnforderung auf noch längere Zeit verteilen? Monat für Monat steigt die Inflation! Alles weist auf eine lange Krise hin!

Anlass der Demonstration war die 2. Verhandlungsrunde im Tarifbezirk Bayern,

Denn die Kapitalisten wollen eine Nullrunde, wie der Chef von Gesamtmetall Wolf verkündete (Handelsblatt, 10. Oktober 2022). Also keine tabellenwirksame Lohnerhöhung – und das seit 2018. Wolf bringt dafür die 3.000-Euro-Einmalzahlung ins Spiel, mit der die Unternehmer uns abspesen sollen, steuer- und abgabenfrei. Er greift damit den Vorschlag von Bundeskanzler Scholz auf, den dieser Mitte September in die sogenannte Konzertierte Aktion eingebracht hatte. Es ist eine

haben, die Scholz', die Wolfs und andere Arbeiterfeinde. Darum kann es in der Tarifrunde nur heißen:

- 8 Prozent mehr und keinen Cent weniger! Laufzeit maximal 12 Monate und keinen Tag mehr!
- Keine Kompensation von nötigen Tabellenerhöhungen durch Einmalzahlungen!
- Vorbereitung von Streiks für die volle Durchsetzung der Forderung!

■ krrn

Wer ist dieser Wolf? Dr. Stefan Wolf, 61, Vorstandsvorsitzender der ElringKlinger AG, Autozulieferer. 10.000 Beschäftigte, 1,7 Mrd. Euro Umsatz. Seine Vorstandsbezüge: 2,03 Mio. Euro im Jahr.

2021 Vorsitzender von Südwestmetall, der Verband, der die Interessen von Mercedes, Porsche, Bosch und anderen Monopolisten vertritt. 2020 Präsident des Gesamtverbandes der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie.

Was fordert er? „Wir werden unsere Ansprüche zurücknehmen müssen“. (10. September 2022, Tagesschau.de) Wolf fordert kältere Büros. Die Arbeitsstättenverordnung muss geändert werden auf 18 Grad. (Focus.de, 13. August 2022) Wolf fordert Rente mit 70. (ntv.de, 1. August 2022) Wolf fordert bei Gasengpass das Streikrecht aufzuheben durch nationalen Notstand. (ntv.de, 1. August 2022). Was macht er sonst? Letzte Meldung: Recherchen von Stern und RTL haben ergeben, dass Wolf Lohndumping in seinen Werken betreibt und eine Haushaltshilfe ohne Anmeldung „schwarz“ beschäftigt. Außerdem habe er die Ankündigungsfrist für Kurzarbeit in einem Werk nicht eingehalten.“ (RTL.de, 12. Oktober 2022)



München am 6. Oktober 2022.

Foto: IG Metall München

Wie ist das mit der Kaufkraft? In dieser Tarifrunde geistert durch die Reden und Publikationen der IG Metall die Stärkung der Kaufkraft. Damit soll die Lohnforderung öffentlichkeitswirksam unterstrichen werden. Oder meinen die Redner und Schreiber, den Kapitalisten etwas erklären zu müssen?

Die Lohnsteigerung erhöhe doch die Kaufkraft und stütze das Bruttosozialprodukt. Wer kaufe denn die Waren alle, wenn die Leute kein Geld in der Tasche haben? So wird argumentiert.

Folgt man diesen Argumenten, stellt sich die Frage: Warum soll sich der Kapitalist immer wieder auf diese anstrengenden Lohnverhandlungen einlassen? Womöglich auf einen Streik? Er könnte doch den Arbeiter an die Hand nehmen und ihn in sein übervolles Lager führen. Der Arbeiter könnte sich dort nehmen, was er braucht. Die Lager würden wieder leer und der Kapitalist könnte erneut drauflos produzieren. Und alle wären zufrieden. Oder?

Arbeiter und Kapitalist müssen sich den Wert, der in der Produktion geschaffen wird, teilen. Steigt der Lohn, fällt der Profit. Und umgekehrt. Darum geht's im Lohnkampf!

8 Prozent mehr und keinen Cent weniger! Laufzeit maximal 12 Monate und keinen Tag mehr!

Die **Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie** (IG BCE) hat für 580.000 Beschäftigte am 18. Oktober 2022 abgeschlossen – kampfflos und leise:

- 2 x 1.500 Euro Einmalzahlung abgabenfrei, jeweils im Januar 2023 und im Januar 2024.
- 2 x 3,25 Prozent in die Tabelle, jeweils im Januar 2023 und im Januar 2024. Laufzeit bis 30. Juni 2024.
- Azubis erhalten 2 x 500 Euro und die Prozente.

Schon im April gab es 1.400 Euro Einmalzahlung, dann wurde die Tarifrunde unterbrochen.

Die Lohnprozente können aus wirtschaftlichen Gründen um bis zu 3 Monate verschoben werden. Darauf müssen sich die sog. Betriebsparteien einigen.

Achtung Kollegen! Gefahr, dass das ein Modell für die Metallindustrie wird!

Verdi fordert für den Öffentlichen Dienst 10,5 Prozent und mindestens 500 Euro. Das ergibt für die unteren Lohngruppen ca. 14 Prozent. Laufzeit 12 Monate! Verdi-Vorsitzender Wernike sprach sich gegen Einmalzahlungen aus. Die Tarifrunde müsse tabellenwirksam sein!

Ukraine: Angriff auf die Arbeiter und ihre Gewerkschaften

Am 17. August 2022 hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi ein zuvor vom Parlament verabschiedetes Gesetz unterzeichnet, das für die lohnabhängigen ukrainischen Kolleginnen und Kollegen weitreichende Folgen bringt.



Kabelsatzmontage im Leoni-Werk Stryj in der Ukraine

Die ukrainischen Gewerkschaften, der Europäische und der Internationale Gewerkschaftsbund sowie auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) üben an ihm scharfe Kritik und riefen dazu auf, dagegen auf die Straße zu gehen.

Das Gesetz gilt für Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigte, in denen die Mehrheit der ukrainischen Kolleginnen und Kollegen arbeiten. Das Gesetz ermöglicht den Unternehmern einseitig, bestehende Tarifverträge zu kündigen, und individuelle Arbeitsverträge abzuschließen, die sich an keinerlei gesetzlichen Vorgaben, außer der Einhaltung des ukrainischen Mindestlohnes von umgerechnet rund 1,20 Euro, mehr halten. Die Arbeitszeit kann von 40 auf 60 Stunden erhöht werden und der Kündigungsschutz wird radikal verkürzt, so dass er de facto als abgeschafft betrachtet werden muss. Weiter sind auch sogenannte „Null-Stunden-Verträge“ jetzt

möglich, die den Arbeitern keine vertraglich garantierten bezahlten Arbeitsstunden mehr gewähren, sondern die Arbeiter zu Tagelöhnern machen. Außerdem werden die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften größtenteils gestrichen.

Vieles davon wird in der Ukraine bereits seit Monaten im Rahmen des Kriegsrechtes praktiziert und hat nun das formale Gewand der gesetzlichen Legitimität erhalten. Angeblich soll das Gesetz nur bis zum Ende des Krieges gelten, doch Experten der ILO (International Labour Organization), der internationalen und der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung gehen davon aus, dass vieles auch danach weiter Bestand hat. Denn dieses Gesetz wurde ja auch schon 2021, also Monate vor Beginn des Krieges, geschrieben. Schon vor dem Krieg war die Ukraine ein absolutes Billiglohnland für deutsches und internationales Kapital. Für Audi, BMW,

MAN und Co. ist es ein hoch profitables Geschäft, ihre Kabelbäume in der Ukraine von entrechteten Arbeitern zu absoluten Armutslöhnen in Handarbeit fertigen zu lassen. Man nennt sie nicht umsonst die „Teppichknüpfer der Automobilindustrie“.

Einschüchterung der Gewerkschaften

Außerdem ist ein zweites Gesetz bereits in Planung. Eigentum der Gewerkschaften, Gewerkschaftshäuser, Büros und Ferienanlagen, die noch aus den Zeiten der sozialistischen Sowjetunion existieren, sollen vom Staat beschlagnahmt werden können.

Nach Einschätzung von Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ist die drohende Enteignung ein Mittel zur Einschüchterung der ukrainischen Gewerkschaften damit diese keinen Widerstand gegen die Zerschlagung der Arbeiterrechte leisten.

Unternehmerwillkür wie vor 150 Jahren

„Ein Beschäftigter sollte die Beziehungen zu einem Arbeitgeber selbst regeln können, ohne den Staat. Das ist es, was in einem Staat passiert, wenn er frei ist, europäisch und marktorientiert.“ So formuliert Danilo Hetmantsew, Vorsitzender des Finanzausschusses im ukrainischen Parlament, die Auffassung der ukrainischen Regierung, wie sich Arbeiter und Kapitalisten im Betrieb begegnen sollen. Dem hält die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) entgegen: „Die Beschäftigten seien grundsätzlich in der schwächeren Position, und in den Verhandlungen zwischen den ungleichen Parteien würden die Arbeitsbedingungen nach den Interessen des Arbeitgebers festgelegt.“

- Ich will die **AufDraht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

So verkomme der Arbeitsschutz zu einer ‚leeren Hülle‘.“ (Ukraine: ILO kritisiert umstrittene Reform des Arbeitsgesetzes; <https://www.workzeitung.ch/2022/09/der-arbeitsschutz-verkommt-so-zu-einer-leeren-huelle/>)

Die meisten arbeitsrechtlichen Bestimmungen in den westeuropäischen Staaten haben mit dem, was die ukrainische Regierung unter „frei, europäisch und marktorientiert“ versteht, nur wenig zu tun. Aus gutem Grunde, damit nicht der einzelne Arbeiter der Willkür der Unternehmer allein auf sich gestellt ausgeliefert ist, haben die Arbeiter schon Mitte des 19. Jahrhunderts die ersten Gewerkschaften gegründet. Mit dem 8-Stunden-Tag über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Anerkennung von Tarifverträgen etc. hat die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit Recht gesetzliche Regelungen erstrit-

ten, die der Ausbeutung und Willkür der Kapitalisten Grenzen setzen. Von alledem wollen die ukrainischen Kapitalisten und die ukrainische Regierung natürlich nichts wissen. Damit zeigen sie und ihre westlichen Unterstützer auch deutlich, was sie unter „Freiheit“ verstehen: Die gnadenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse zu Bedingungen wie vor über 100 Jahren.

Solidarität mit der Arbeiterklasse der Ukraine!

Wir in Deutschland wissen aus unserer eigenen Geschichte nur zu gut, wohin es führt, wenn Arbeitsschutzbestimmungen flächendeckend aufgehoben, die Rechte der Gewerkschaften zerschlagen und die Gewerkschaftshäuser vom Staat beschlagnahmt werden. Denn genau das ist bei uns mit dem Machtantritt des Faschismus 1933 geschehen!

Es ist kein Zufall, dass dies heute in der Ukraine wieder geschieht, wo seit Jahren schon faschistische Kräfte immer mehr in den Staatsapparat eingebunden werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, unsere Betriebsräte und Vertrauensleute dürfen zur Entrechtung der ukrainischen Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften nicht schweigen!

Statt bedingungsloser Solidarität mit dem arbeiterfeindlichen ukrainischen Regime rufen wir zur Solidarität mit den ukrainischen Gewerkschaften und allen antifaschistischen und demokratischen Kräften in der Ukraine auf, die sich auf die Seite der Arbeiterklasse stellen. ■ *ma*

Weitere Informationen zu diesem Thema findet ihr auf der Webseite <https://www.labournet.de/internationales/ukraine/politik-ukraine/in-zeiten-wie-diesendie-ukrainische-regierung-schraenkt-im-kriegsrecht-arbeitnehmerrechte-ein/>

Die Arbeiter begehren auf

Seit dem Frühsommer protestieren und streiken immer wieder große Teile der Arbeiterklasse in Großbritannien.

Es geht den Kolleginnen und Kollegen wie uns: Die Preise gerade für das, was wir alle brauchen, für Lebensmittel, Strom und Heizung, steigen in einem Maß, für das der Lohn hinten und vorne nicht mehr ausreicht. Sie kämpfen für entsprechend mehr Lohn, für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Kürzungen bei der Bahn, im Gesundheitswesen und anderen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur. Sie wollen und können nicht mehr länger ruhig bleiben.

So haben die Eisenbahner und ihre Gewerkschaft RMT (Union of Rail, Maritime and Transport Workers) das landesweite Bahnnetz seit Juni bereits an sieben Tagen stillgelegt. Rund 40.000 Arbeiter beteiligten sich an den Streiks. Knapp 2.000 Hafenarbeiter bestreikten im August den größten Containerhafen in Großbritannien eine Woche lang – der erste Streik seit 30 Jahren. Ende September folgten die Hafenarbeiter von Liverpool mit einem zweiwöchigem Streik.

Auch die Postler der Royal Mail sind zum ersten Mal seit 13 Jahren in den Streik getreten. Zudem legten bereits Müllarbeiter, Callcenter-Angestellte und Strafverteidiger die Arbeit nieder. Die Gewerkschaften der Hebammen und Krankenpflegerinnen bereiten mit Abstimmungen Streiks vor. Ermuntert vom Kampf der Arbeiter tragen gleichzeitig Zehntausende ihren Protest auf die Straße.

Von all dem erfahren wir aus den bürgerlichen Zeitungen und Nachrichten so gut wie nichts. Das hat seinen Sinn. Denn



Protestveranstaltung von Gewerkschaftern und anderen Beschäftigten am 1. Oktober in London

Foto: ZUMA wire

die Arbeiter in Großbritannien zeigen uns, dass es möglich ist, den Kampf aufzunehmen. Wie lange sie durchhalten, ob diejenigen sich in den Gewerkschaften durchsetzen, die sich auf faule Kompromisse mit den Kapitalisten einlassen oder diejenigen, die den Kampf weiterführen wollen, hängt wiederum auch davon ab, ob wir beginnen, es den britischen Arbeitern gleichzutun. Ob wir die Tarifrunden im Metallbereich und im Öffentlichen Dienst nutzen für den gemeinsamen Kampf gegen Regierung und Kapital. Ob wir Arbeiter, die doch allen Reichtum schaffen, mit unserem Kampf zum Zentrum und wieder zur Hoffnung werden für alle, die an den Zuständen verzweifeln. Und ob wir so auch die mitziehen, die meinen, sie müssten den Faschisten und damit ihren eigenen

Schlächtern hinterherlaufen.

Aufforderung auch an uns: „Arbeiter alle Länder vereinigt euch“

Anlässlich einer Kundgebung zur Ehrung Ernst Thälmanns – Hafenarbeiter und von

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 6 ■

AufDraht

Herausgeber:

DKP München & Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: auf.draht@gmx.de

<https://dkp-muenchen.de> • www.kaz-online.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Münchner Tram in Flecktarn!

Auf der Kundgebung des Verdi-Arbeitskreises gegen rechts am Antikriegstag berichtete ein Kollege: „Ich bin Trambahnfahrer hier in München und nicht nur, dass unsere Wartehäuschen voll mit Werbung für die Bundeswehr sind, jetzt muss ich auch noch eine komplett grüne Bundeswehrtram durch München fahren mit der Aufschrift ‚Mach, was wirklich zählt‘. Muss ich – oder muss ich auch nicht? Müssen wir – oder müssen wir auch nicht?“

Daher haben wir bei der MVG München nun eine Unterschriftenaktion gegen die Werbung auf unseren Straßenbahnen ins Leben gerufen, mit der wir ab heute, dem 1. September, dem Antikriegstag, im Betrieb starten werden.“ Der offene Brief lautet so:

„Seit einiger Zeit ist bei der MVG eine Tram – R3 Nummer 2203 – mit Anwerbung für die Bundeswehr ausgestattet. Wir, die unterzeichnenden Kolleginnen und Kollegen der MVG, wehren uns dagegen, dass wir diese fragwürdige Werbung für eine angebliche Karriere bei der Bundeswehr durch München fahren sollen. Bereits der Slogan der Werbung „Mach, was wirklich zählt“ würdigt uns herab – was wir machen, nämlich Trambahnfahren, zählt also nicht, bzw. nicht wirklich. Das trifft nicht nur uns, sondern alle Arbeitenden. Man kann nicht ernsthaft von uns erwarten, dass wir diese Beleidigung aller Arbeitenden auch noch durch die Straßen fahren. Zudem sind nicht wenige von uns Pazifisten und können es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, für die Ausbildung zum Töten zu werben. Anwerbung von Kinder und Jugendlichen widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention. Die BRD gehört zu den ganz wenigen Staaten, wo Jugendliche für die Armee rekrutiert werden. Die Vereinten Nationen, die Kinderkommission des Bundestages, Friedens- und Kinderrechtsorganisationen, die GEW und Verdi protestieren dagegen schon seit Jahren. Die zunehmende öffentliche Anwerbung hat mit dazu beigetragen, dass inzwischen jeder 13. Rekrutierte minderjährig ist, Dafür wollen wir nicht länger Gehilfe sein – wie Kolleginnen und Kollegen von uns in anderen Städten (z.B. Halle, Potsdam, Dresden...) auch! Deswegen fordern wir, dass die MVG sich nicht länger zum Rekrutierungsinstrument der Bundeswehr macht. Werbt dafür, Trambahn, Bus und U-Bahn zu fahren, da haben alle mehr davon!

München, 1. September 2022, Kolleginnen und Kollegen bei der MVG
Jede und jeder von Euch kann uns unterstützen. Meldet Euch bei uns!“

Anmerkung der Redaktion:
Tram R3 Nr. 2203 ist derzeit außer Betrieb. Ist der Grund dafür, dass auf einer Betriebsversammlung der MVG kritische Redebeiträge zu hören waren? Ebenso kam Kritik in den Sozialen Medien.

► Fortsetzung von Seite 5

Die Arbeiter begehren auf

1925 bis zu seiner Ermordung durch die Faschisten im August 1944 Vorsitzender der KPD – schickte Alex Gordon, Präsident der kämpfenden Gewerkschaft RMT, eine Grußadresse. Darin heißt es: „In Großbritannien, Frankreich, Deutschland und auf der ganzen Welt gibt es eine wachsende Zahl von Arbeitern, die das Ausmaß der Krise des Kapitalismus erkennen und eine Zukunft der Sicherheit vor Hunger, Kälte, Obdachlosigkeit, Krieg und Faschismus fordern. Diese Zukunft kann

nur im Sozialismus aufgebaut werden. (...) In Erinnerung an Ernst Thälmann und die Generation von Kommunisten und Arbeitern, die in seinem Namen in Deutschland, Spanien und der Sowjetunion gegen den Faschismus gekämpft haben, rufen wir: Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! Wir haben eine Welt zu gewinnen.“

Beginnen wir damit, es ist höchste Zeit.

■gr



U-Bahn-Streik im Juni in London

Foto: Vuc Valtic



Streikende Hafentarbeiter in Felixstowe

Foto: AP



Streikposten der Whitley Depot Müllentsorgung in Coventry

Foto: WSWS Media

Genug ist genug!

Wer glaubt, man muss sich nur durch diesen Winter frieren, hat sich getäuscht.

Im September 2022 war die Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland mit 10 Prozent so hoch wie seit 1951 nicht mehr.¹ Für dieses Jahr erwarten die führenden deutschen Wirtschaftsinstitute im Jahreschnitt eine Inflationsrate von 8,4 Prozent, für das kommende Jahr sogar 8,8 Prozent. Weiterhin hohe Energiepreise bedeuteten für Deutschland einen „permanenten Wohlstandsverlust.“²

Doch nicht nur die steigenden Preise, auch die Versorgung an sich ist keineswegs sicher. In ihrem Lagebericht vom 10. Oktober 2022 stellt die Bundesnetzagentur fest: „Die Lage ist angespannt und eine weitere Verschlechterung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden.“³ Die ExpertInnen-Kommission „Gas Wärme“ hält in ihrem Zwischenbericht fest: „Die Gaspreiskrise wird Deutschland jedoch bis mindestens in das Jahr 2024 hinein stark fordern. Die Herausforderungen im Winter 2023/24 werden mindestens genauso groß sein wie in diesem Winter – wahrscheinlich sind sie sogar größer.“⁴

Die Bundesregierung handelt sich derweil von einer Notmaßnahme zur nächsten. Fast schon niedlich, wie sich Bundeswirtschaftsminister Habeck beschwert: „Einige Länder, auch befreundete, erzielen teils Mondpreise.“ Und er fordert auch von den USA Solidarität ein.⁵ Der Kapitalismus ist halt nur schön, soweit man selbst davon profitiert.

In der Hoffnung auf Öl und Wasserstoff genehmigt die Bundesregierung nur wenige Tage nach der Aufkündigung der Waffenruhe im Krieg im Jemen Rüstungsexporte an die Kriegspartei Saudi-Arabien.

„Saudi-Arabien und die Koalitionspartner bombardieren Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen. Das sind alles Kriegsverbrechen“, kritisiert Human Rights Watch.⁶ Ob nach dieser Entscheidung Ministerin Baerbock mit ihrer Erzählung von einer „wertebasierten Außenpolitik“ weltweit besser ankommt als bisher, ist fraglich.

Der Krieg Russlands in der Ukraine wirkt wie ein Brandbeschleuniger einer bereits länger andauernden Entwicklung. Die deutsche Wirtschaftsmacht resultiert aus ihren Exportüberschüssen. 2003 konnte sich Deutschland bei einem globalen Bevölkerungsanteil von 1 Prozent als Exportweltmeister feiern, vor den USA und Japan. Bei allen drei Ländern hat sich seitdem ihr Anteil am weltweiten Warenexport verringert. China, aber auch andere Staaten, ehemals Schwellenländer, nehmen am Tisch Platz.

Der Kapitalismus kann nur auf eine Weise auf diese Entwicklung reagieren und bedient sich dazu der staatlichen Gewalt. Einschüchterung, Bedrohung, Sanktionierung, Eskalation, Krieg.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten sich SPD, Grüne und FDP im Dezember 2021 darauf geeinigt, eine „Nationale Sicherheitsstrategie“ vorzulegen.

SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht hat am 12. September 2022 dazu eine Grundsatzrede gehalten. „Deutschlands Größe, seine geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz: sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht, ob wir es wollen oder nicht. Auch im Militärischen.“ Dafür braucht's natürlich Geld. Und zwar nicht nur die ca. 50 Mrd. Euro, die im aktuellen Haushalt

eingestellt sind. In Zukunft sollen es 2 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt sein. Das sind aktuell ca. 75 Mrd. Euro und damit 50 Prozent mehr als bisher. Deutschland rückt damit weltweit von Platz 7 auf Platz 3 der größten Militärmächte vor. Um dieses Vorhaben zu erleichtern, wird die Hochrüstung von der SPD-Linken Lambrecht mal eben „als zentrale Instanz für unsere Daseinsvorsorge“ definiert. Ihre Schlussfolgerung ist klar. „Wir stehen also vor politischen Abwägungen darüber, in welchen Bereich die Mittel der staatlichen Daseinsvorsorge prioritär fließen sollen.“⁷ Übersetzt heißt das nichts anderes als Panzer statt Kindergärten.

Wenn wir diesen Weg nicht weiter mitgehen wollen, dann müssen wir den deutschen Monopolen den Kampf ansagen. Wir haben sie in Frieden die Völker der Welt ausbeuten lassen und dafür ein paar Brotkrumen erhalten, um unsere eigene Ausbeutung erträglicher zu machen. Setzen wir dem kein Ende, werden wir nicht nur frieren, sondern auch in den Krieg ziehen für Interessen, die nicht unsere sind.

Schluss damit! Genug ist genug! ■ *mif*

1 Inflation so hoch wie zuletzt 1951 – Wirtschaft – sueddeutsche.de

2 10 Prozent Inflation – und 2023 wird es nicht viel besser – Capital.de

3 221010_gaslage.pdf (bundesnetzagentur.de)

4 BMWK – ExpertInnen-Kommission Gas Wärme, Zwischenbericht

5 Habeck wirft Gaslieferanten „Mondpreise“ vor – ZDF heute

6 Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien: Eine „hochproblematische“ Entscheidung, tagesschau.de

7 Grundsatzrede: Streitkräfte wieder in den Fokus rücken (bmvg.de)

Kriegshetze

Verschweigen, Tatsachen verdrehen, lügen!

Wenn man im Interesse einer winzigen Minderheit gegen die fundamentalen Interessen der überwiegenden Mehrheit handelt, das Volk aber ruhig halten will, muss man zwangsläufig die Wirklichkeit auf den Kopf stellen.

Nichts anderes macht die Außenministerin Baerbock in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung am 13. Oktober 2022 kurz vor dem Parteitag der Grünen.

Nur ein Beispiel daraus: Baerbock wird gefragt: „Soll die Ukraine die Krim und den gesamten Donbass zurückerobern?“ Darauf Baerbock: „Befreien ist das richtige

Wort. Die Menschen in der Ostukraine sind doch nicht freiwillig unter russischer Besatzung ... Schon 2014 war die Besetzung der Krim und des Donbass völkerrechtswidrig und offensichtlich der Auftakt für den jetzigen brutalen Angriffskrieg.“ Befreien?

Kein Wort darüber, dass 2014 die Regierung in der Ukraine mit einem faschistischen Putsch vertrieben worden ist. Nichts dazu, dass der damalige deutsche Außenminister Steinmeier diesen Putsch auch noch legitimierte. Schweigen dazu, dass diese faschistischen Putschisten als

erstes die russische Sprache verboten haben, die immerhin gut ein Drittel der Bevölkerung spricht. Schließlich war die Ukraine jahrzehntelang Teil der UdSSR. Ukrainer lebten in Russland, Russen in der Ukraine, gemeinsam wurde das Land aufgebaut. Nichts darüber, dass die Faschisten überall im Land die Denkmäler stürmten, die an den Kampf gegen das faschistische Deutsche Reich erinnerten.

Kein Wort darüber, dass überall im Lande Antifaschisten auf die Straße gingen

► Fortsetzung von Seite 7

Kriegshetze

und dass Widerstand gegen diese Putschregierung aufflammte. Widerstand, der brutal unterdrückt wurde. Wie in Odessa am 2. Mai 2014, als sich Demonstranten vor den Faschisten ins Gewerkschaftshaus flüchteten, welches jene dann anzündeten. Menschen, die sich vor den Flammen in Schutz bringen wollten, wurden daran gehindert, das Gebäude zu verlassen, andere wurden vom faschistischen Mob erschlagen. Ein Mob, der zusah, wie die Menschen verbrannten und „Slava Ukraini“ brüllten, den alten Ruf der ukrainischen Faschisten, die mit den deutschen Faschisten kollaborierten. Ein Ruf, der Dank der flächendeckenden Zuckelsterung der Wahrheit heute in ganz Europa gerufen wird, als wäre nichts gewesen.

Über 40 Menschen wurden 2014 ermordet, bis heute keiner der Mörder belangt.

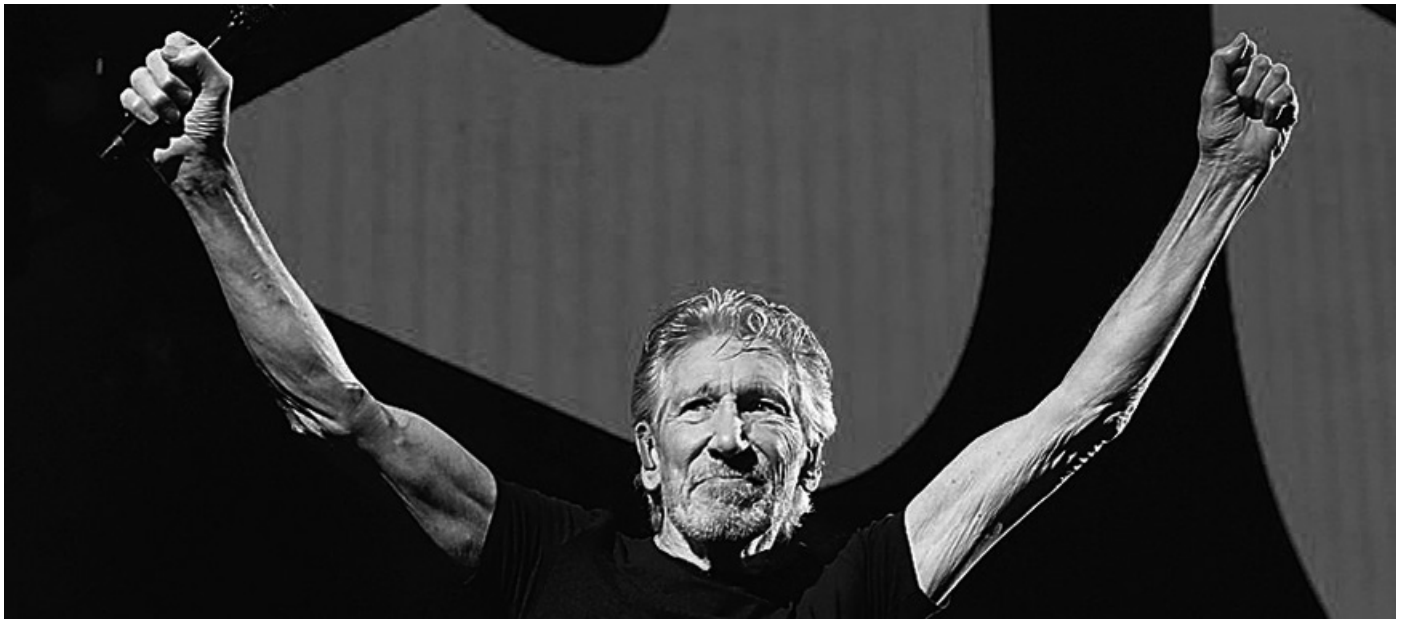
Schweigen dazu, dass es barbarische Taten wie diese waren, die die Menschen im Donbass dazu brachten, mit dem Gewehr in der Hand gegen diese Kräfte zu kämpfen und eigene Republiken aufzubauen. Schlichte Lüge, dass damals russisches Militär den Donbass besetzte.

Und wen wundert es, dass unter diesen Umständen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf der Krim für den Anschluss an Russland stimmte?

Auch kein Wort dazu, dass, egal wer gerade in der Ukraine an der Regierung war, im Folgenden acht Jahre lang Krieg gegen diese Republiken geführt worden ist mit 14.000 Toten. Schweigen darüber,

dass ganze faschistische Bataillone in das reguläre Militär aufgenommen worden sind. Befreien?

All diese Tatsachen sind bekannt, man findet sie auch in den bürgerlichen Medien aus dieser Zeit, wenn man lange genug danach sucht. Doch sie passen nicht zur Mär von einer demokratischen Ukraine, die mit deutschen Waffen gegen einen kriegslüsternden Putin verteidigt werden muss. Also weg damit. ■gr



SPD und Grüne in München wollen Konzert von Roger Waters verhindern. Grund: Seine Kritik an der Nato-Politik.

Im Juli begann Roger Waters (Mitgründer von Pink Floyd) in den USA seine neue Tournee „This Is Not a Drill“ (Dies ist keine Übung). Fast nahezu jeder Song befasst sich „mit den drängenden Fragen unserer Zeit: imperialistischer Krieg, Faschismus, das Gift des Nationalismus, die Not der Flüchtlinge, die Opfer staatlicher Unterdrückung, weltweite Armut, soziale Ungleichheit, der Angriff auf demokratische Rechte und die Gefahr der nuklearen Vernichtung“. Am 21. Mai 2023 ist auch ein Auftritt in der Münchner Olympiahalle geplant, der Vorverkauf hat bereits begonnen. Die von SPD und Grünen gebildete Münchner Stadtregierung will – mit Unterstützung der von der CSU geführten bayerischen Staatsregierung – den Auftritt verhindern. Warum? Seine antiimperialistische Haltung gefällt Reiter, Habenschaden & Co. nicht.

In einem Kommentar wies Roger Waters z. B. darauf hin, dass die USA „versuchen, die Welt zu beherrschen“: „Deshalb haben sie über tausend Militärbasen; deshalb wollen sie China umzingeln; deshalb schwingen sie jeden Tag den großen Knüppel; deshalb stoßen sie diesem gefährlichen Bären jeden Tag mit dem Stock ins Auge; deshalb wollen sie nicht verhandeln; deshalb haben sie die Minsker Vereinbarungen nicht unterstützt; deshalb versuchen sie, die Nato nicht nur bis zur russischen Grenze, sondern auch ins Südchinesische Meer zu erweitern. Sie wollen, dass das Südchinesische Meer Teil von etwas wird, das sich doch nominell Organisation des Nordatlantikvertrags nennt. Was zum Teufel hat das Südchinesische Meer mit dem Nordatlantik zu tun? Das ist eine Frage, die ich auch gerne beantwortet hätte. Wenn jemand da draußen die Antwort auf diese Frage kennt, würde ich sie gerne wissen.“ ■RW